

Revolution der Alten

Eine neue Partei mischt Baden-Baden auf. Ihre Mitglieder sind keine Wutbürger, sondern reiche, zufriedene Rentner.

Von Rüdiger Soldt

Am Schreibtisch von Martin Ernst sitzen 343 Jahre Lebenserfahrung. Sonnengebräunt, entspannt, bestens gelaunt. Ernst ist Immobilienmakler in Baden-Baden, 63 Jahre alt. Mit drei weiteren Räten schaffte er mit seiner Liste „Freie Bürger für Baden-Baden“ (FBB) vor einem guten Jahr den Einzug in den Gemeinderat. Von null auf neun Prozent. Auf Anhieb. In einigen Innenstadtbezirken bekam die FBB sogar zwanzig Prozent. Das war eine Revolution, genau genommen eine Revolution der Alten. Denn die meisten Mitglieder der FBB sind im Rentenalter. Sie haben sich Baden-Baden irgendwann als Ruhesitz ausgesucht und sind dann immer unzufriedener geworden.

Heinrich Liesen, 74, war Sportimmunologe, Medizinprofessor, 28 Jahre hat er fast alle Bundestrainer der Fußballnationalmannschaft beraten. Den Berti und den Franz kennt er gut. Tilman Schachtschneider, 67, war Wirtschaftsprüfer, wohnt seit 35 Jahren in der Kurstadt und fand die politische Entwicklung irgendwann unerträglich. Marianne Raven, 64, ist Rechtsanwältin und war Justitiarin eines großen Verlages in Hamburg. Die Hitler-Tagebücher hat sie selbst zum Staatsanwalt gebracht. Dann baute sie

die Hilfsorganisation „Plan International“ auf. Hannes Elster, 75, hat Jahrzehnte beim SWR gearbeitet und schreibt und publiziert unentwegt.

Zusammengeführt hat die mutigen Rentner Martin Ernst. Er könnte seine Zeit auch von morgens bis abends auf dem Tennisplatz verbringen, stattdessen spricht er nun über Politik so seriös wie ein Anästhesist, der einen verunsicherten Patienten aufklären muss. Doch dann sagt er einen Satz, der nach Juso-Hochschulgruppe oder grüner Gründerzeit klingt: „Wir wollen das System Baden-Baden sprengen.“

Das System sprengen? Warum können die Leute von der FBB nicht einfach im Kunstmuseum chillen, in der Wandelhalle die Götzenberger-Fresken anschauen oder sich im Friedrichsbad massieren lassen? Wollen hier Wutrentner eine kleine Stadt auf den Kopf stellen? „Wir können es uns leisten, unsere Erfahrungen einzubringen, gegen die Verfilzung und gegen den Frust, den die Parteien hier verbreiten“, sagt Hannes Elster. „Wir sind die erste Generation, der es nach dem Krieg durchweg gutging. Jetzt geben wir etwas zurück, ein Dankeschön“, sagt Marianne Raven. „Man muss es sich leisten können, das stimmt schon, aber es bringt Einsichten in Verhältnisse, die

man zuvor nicht hatte“, sagt Tilmann Schachtschneider. „Das ganze Leben hat man über das geschimpft, was ist. Jetzt habe ich Zeit, muss nicht mehr nur reden und kann vom hohen Ross herabsteigen.“

Die fünf haben beobachtet, dass in den Parteien und im Gemeinderat die Generation ihrer eigenen Kinder unterrepräsentiert ist. Elster erzählt von seinem Schwiegersohn, der in Baden-Baden keine bezahlbare Wohnung findet und der auch nicht genug Zeit hat, um sich politisch zu engagieren und etwas zu verändern. „Deshalb müssen wir das machen.“ Was den FBBlern vorschwebt, ist eine Art neuer Generationenvertrag.

Häufig ist eher denunziatorisch über die älter werdende deutsche Gesellschaft gesprochen worden, von der „Gerontokratie“, dem „Altenheim-Charme“ der Parteien und der „Altenrepublik“ war die Rede. Dass sich Rentner, die ein Drittel der Wahlberechtigten ausmachen, nur für sich und ihre Rente interessieren, ist immer wieder behauptet worden. Dass viele Wutbürger in Wahrheit verantwortungslos und starrsinnige Wutrentner seien.

Diesen Behauptungen liegt aber das Rentnerbild der siebziger und achtziger Jahre zugrunde, als der Ruhestand als lange Freizeitphase und zwingend nötige Erholungsphase nach einem langen Berufs-

leben nötig war. Heutige gesunde Siebzigjährige sind so leistungsfähig wie vor zwanzig Jahren Fünfzigjährige. Altersökonomien haben für die Behauptung, eine alternde Gesellschaft sei weniger produktiv und werde zudem egoistisch, nur wenige Belege gefunden. In Baden-Baden engagieren sich die Gemeinderäte nicht aus Verzweiflung über ihr bisheriges Leben, sondern aus Sorge um die Zukunft ihrer Kinder. Sie engagieren sich aus einem Gefühl der Zufriedenheit heraus. Nicht der „Kampf der Generationen“ spielt sich im Ratssaal ab, sondern die Stadt erlebt das Engagement von Bürgern, die fast alle Parteien gern in ihren Reihen gehabt hätten, als sie noch berufstätig waren.

In der Stadt des Überflusses und der nutzlosen Gucci-Accessoires für reiche Russen machen sich die wohlhabenden FBBler Gedanken über die hohe Verschuldung, die Verschandelung des Stadtbildes und das Überangebot an unbezahlbaren Luxuswohnungen. Sie sind überrascht, wie ignorant und gedankenlos in ihrer Stadt Politik gemacht wird. Wenn der Mediziner Liesen das demonstrieren will, fährt er mit Besuchern unter eine Brücke des vielbefahrenen Autobahnzubringers der B 500. Ausgerechnet dort will die Stadt Wohnungen für junge Familien bauen lassen. Auf die Häuser, in

denen Kinder aufwachsen sollen, werden aber von der Brücke hochtoxische Emissionen niedergehen. Liesen ist ja Mediziner. „Nicht einmal die Grünen haben widersprochen“, sagt er.

„Ich finde“, sagt Ernst, „es gibt in dieser Stadt keinen Wettstreit um die bessere Idee, es gibt kein freizügiges Denken. Was es gibt, das sind Politiker und Systemprofiteure.“ Auch das ein Satz, den man von einem 63 Jahre alten Immobilienmakler selten hört.

Es gibt viele Bausünden und noch mehr umstrittene Bauprojekte. Dazu zählt der frühere Stammsitz des Hauses Baden. Das Schloss rottet seit 13 Jahren vor sich hin. Ernst hat es damals mit an einen kuweitischen Investor verkauft, seine politischen Gegner werfen ihm das heute vor. Er sieht ein, dass es ein Fehler war. Fast immer, sagt Ernst, zählten die Interessen der Investoren mehr als der Erhalt des historischen Stadtbildes. Über viele Jahre gab es auch keinen Investor für das denkmalgeschützte „Bâtiment Administratif de Baden-Oos“, das sogenannte Babo-Hochhaus, das einmal Verwaltungssitz der französischen Streitkräfte war. Auch der übermütige Plan der Stadt, mit dem Bau von Luxuswohnungen ausgerechnet den Bau der fehlenden Sozialwohnungen zu finanzieren, erwies sich als Luftbuchung.

Die FBB hält sich nicht an die Spielregeln der etablierten Parteien. Anfang des Jahres staunten die Bürger nicht schlecht, als sie ein fünfseitiges, farbiges „Extrablatt“ der FBB im Briefkasten hatten. Kurz vor der Haushaltsaufstellung blies Ernst zum Generalangriff: Die Verschuldung habe um ein Drittel zugenommen. Die FBB sah in den Flyern die einzige Möglichkeit, überhaupt Öffentlichkeit herzustellen.

Die Antwort der Oberbürgermeisterin Margret Mergen von der CDU ließ nicht lange auf sich warten. Die „Methode Ernst“, nämlich die Bürger mit teuren Broschüren zu verwirren, habe Baden-Baden nicht verdient. „Der richtige Ort, um kommunalpolitische Debatten zu führen, ist der Gemeinderat, dort muss die Verwaltung den Gemeinderäten Rede und Antwort stehen, da orientieren wir uns in Baden-Baden an den Idealen Platons“, sagt die Oberbürgermeisterin. Und an der Haushaltsberatung habe sich Ernst nicht beteiligt. Der bleibt dabei: 100 Millionen Euro Schulden und ein strukturelles Defizit von fünf Millionen Euro seien einfach zu viel. „Viele von uns sind Kaufleute, unsere Eltern haben das Land aus Schutt und Asche aufgebaut, jetzt können wir doch unseren Kindern nicht solche Schuldenberge hinterlassen.“



Foto Albatz/20th Century Fox